

# Wenige Spitzenpolitikerinnen

In der EU stieg der Anteil von Frauen in hohen Ämtern nur minimal.

**WIEN, BRÜSSEL** Der Anteil von Frauen an politischen Spitzenpositionen in der Europäischen Union ist zuletzt nur minimal gestiegen. Ein leichtes Plus gab es in den EU-Staaten etwa bei den weiblich besetzten Ministerposten, nationalen Parlamenten, Regionalversammlungen und -regierungen und bei den Bürgermeistern. Mit der Malteserin Roberta Metsola steht außerdem erstmals eine Frau an der Spitze des Europäischen Parlaments. Auch den Vorsitz der EU-Kommission hat mit Ursula von der Leyen weiter eine Frau.

## In der Minderheit

Insgesamt sind Politikerinnen in ganz Europa weiterhin deutlich in der Minderheit, wie eine Aufstellung von Werner Zögernitz, früherer ÖVP-Klubdirektor und Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, zeigt. Mit Ausnahme der Spitzen des EU-Parlaments (Präsidentin, gleichbleibend 57,1 Prozent Frauenanteil unter den Vizepräsidenten) und der EU-Kommission (Präsidentin, 48,1 Prozent weibliche Kommissionsmitglieder) stellen Frauen noch immer bestenfalls rund ein Drittel des politischen Führungspersonals. Der Anteil von Regierungschefinnen in



EU-Kommissionschefin von der Leyen (l.) und Europaparlamentspräsidentin Metsola.

AP

den EU-Staaten stagniert bei 18,5 Prozent. Dabei wurde in Deutschland als größtem EU-Mitgliedsstaat Kanzlerin Angela Merkel durch Olaf Scholz abgelöst, dafür steht in Schweden mit Magdalena Andersson seit Kurzem eine Frau an der Regierungsspitze. Staatspräsidentinnen gibt es derzeit nur in Est-

land, Griechenland und der Slowakei (gleichbleibend 14,3 Prozent), in den sechs Monarchien gibt es auch weiterhin nur in Dänemark eine Königin.

Bei den Ministerposten in den EU-Staaten gab es minimale Zuwächse auf 32,3 Prozent. Die Bandbreite reicht von 60,9 Prozent in

Spanien bis zu 7,1 in Rumänien, Österreich liegt mit 46,7 Prozent über dem EU-Schnitt. Der Frauenanteil im EU-Parlament beträgt de facto unverändert bei 39,1. In den nationalen Parlamenten liegt der Frauenanteil nach einem geringfügigen Plus nun bei 33,2. Die meisten Frauen gibt es dort in Schweden (47,6) und Finnland (46,0), die wenigsten in Ungarn (13,1) und Malta (13,4). Österreich liegt mit 41,5 Prozent über dem EU-Schnitt. In den Regionalversammlungen (etwa Landtage) liegt der Frauenanteil nach minimalen Zuwächsen bei 34,6 und bei den Regionalregierungen bei 35,0 Prozent, in Österreich liegt die Frauenquote etwas höher (36,6 bzw. 39,7). Sehr gering waren auch die Zuwächse im EU-Schnitt bei den Bürgermeistern (17,4) bzw. Gemeinderäten (34,4), in Österreich liegt der Frauenanteil weiter deutlich unter dem EU-Schnitt (9,5 bzw. 24,6 Prozent).

## Deutliche Einschnitte bei Frauenrechten

**LONDON** Die Rechte von Frauen und Mädchen haben nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International in den vergangenen zwölf Monaten deutliche Einschnitte erlitten. Als besonders einschneidendes Beispiel nannte die Organisation am Dienstag, dem Weltfrauentag, die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, wo Frauen und Mädchen trotz mutiger Proteste im ganzen Land nun als „Bürgerinnen zweiter Klasse“ behandelt würden. Ihnen werde etwa das Recht auf Bildung entzogen. Auch die Corona-Pandemie habe sich negativ ausgewirkt. So seien die Fälle von häuslicher Gewalt angestiegen, und die Unsicherheit auf

dem Arbeitsmarkt habe Frauen überdurchschnittlich betroffen. Weitere Verschlechterungen gab es unter anderem auch in den USA, wo es 2021 zu mehr Restriktionen bei Abtreibungsrechten gekommen sei als in jedem anderen Jahr zuvor. Amnesty erwähnte etwa auch den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen. Bereits in den vergangenen Jahren habe die Organisation außerdem in den Konfliktgebieten in der Ostukraine dokumentiert, dass es vermehrt Fälle von Gewalt gegen Frauen gegeben habe. Man rechne damit, dass sich dieses Muster angesichts des Krieges nun auf das gesamte Land ausweiten werde, hieß es.